

## Die Kohlenfrage.

### Öffentlicher Stand in Prag.

Unsere heutigen Erklärungen ergaben kein Bild einer mäßig gebesserten Kohlenlage, die keinen Anlaß zu übertriebenen Befürchtungen für die nächste Zeit bietet.

Aus Prag liegt zur Stunde des Berichtes noch kein Ergebnis vor. Die lärmende Aufmachung von Sensationsergebnissen hat sich als voreilig erwiesen. Es kann jedoch gesagt werden, daß die Verhandlungen ziemlich günstig stehen. Die Tschechen verlangen als Kompensation für ihre Kohle Eisenerz, das bekanntlich der steirische Erzberg liefert und Sachdemobilisierungsgüter.

Heute sind aus Oberschlesien 50 Waggons durch Lundenburg gekommen, aus Westfalen sind wieder 20 Waggons eingelangt und von Gmünd ist die Durchfahrt von 85 Waggons Braunkohle, davon 60 für die Bahnen und 25 für die Gemeinde Wien gemeldet. Mit anderen noch aufgetriebenen Kohlenmengen zusammen ergibt dies so viel, daß eine weitere Bahnbeschränkung nicht mehr droht und man damit rechnen kann, daß — immer vorbehaltlich weiterer Zuschübe — vielleicht gegen Ende Dezember die so schwer entbehrten zweiten Zugspare auf einigen Hauptlinien wieder eingeführt werden könnten.

Die zu Ende gehende tschecho-slowakische Zuckerkampagne und die gleichfalls bald durchgeführten Militärtransporte verringern den Kohlenbedarf der Tschechen und eröffnen die Möglichkeit einer Kohlenabgabe an Deutschösterreich. Das günstigere Ergebnis der Prager Verhandlungen ergibt sich in erster Linie aus diesem Umstande.

In Oberschlesien wird bereits für Wien verladen, doch noch nicht infolge der Prager Verhandlungen. Der eingeschränkte Wiener Bahnbedarf ist mit 3000 bis 4000 Tonnen täglich bemessen.

Nachmittags wird uns gemeldet: Eine Entscheidung über die Prager Verhandlungen liegt zur Stunde nicht vor. Auch wenn Kohlenlieferungen einträfen, wären dieselben zu verspätet, um eine wenigstens vorübergehende Einschränkung des Straßenbahnbetriebes zu verhindern. Diese Einschränkung würde aber nicht Donnerstag erfolgen, sondern erst einige Tage später.

Von einer Aufhebung der Theater Sperre kann, wenn die Straßenbahn und die Fabriksbetriebe weiter eingeschränkt werden müssen, keine Rede sein.